

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbestellungs ohne Postgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Sternband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Ausgaben der Postzeitungsliste für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsredaktion: Hans Norden 2893 und 2896.

Vertrieb durch die Reichspostamt, Hauptvertrieb über Herrn Kamm 70 Pf., „Klein-Kaplan“ des jetzigen Monats Wert 20 Pf., jedes weitere Monat 15 Pf., Einzahlungsschein 30 Pf., bei Familien- und Veranlassungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Verlagsredaktion: Hans Norden 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 24. Januar 1919

Nummer 42

Gegen die Flucht nach Weimar.

Gegen die Verlegung der Nationalversammlung.

Die Stadtverordneten Cassel, Stadtdirektor Kammisen, Looe, Körtz, Nebenow und Hosenow haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Unterzeichneten beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei den zukünftigen Reichs- und Staatsbehörden nachmals nachdrücklich auf Einberufung der Deutschen Nationalversammlung nach der Reichshauptstadt Berlin unter Hervorhebung der Unzulässigkeit der Tagung in Weimar zu dringen, 2. gegen jede Bestätigung Preußens und Verweisung Berlins als dessen Hauptstadt mit Entschiedenheit vorstellig zu werden.“ Dieser Antrag soll mit einem anderen Antrag der Sozialdemokraten hinsichtlich Inhabilität in der nächsten Sitzung beraten werden. Ein früher eingebrachter Antrag ist kaum zu zweifeln.

Die Flucht nach Weimar.

Die Regierung hat in einer offiziellen Erklärung behauptet, daß sie nicht daran denkt, auch ihren Sitz von Berlin nach Weimar zu verlegen. Die bestimmte Form, in die diese Erklärung gekleidet ist, soll über die innere Unsicherheit der Regierung in dieser Frage hinwegtäuschen. In Wahrheit haben die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg schon am 21. Dezember vorigen Jahres mit großer Entschiedenheit im Kabinett den Antrag gestellt, auch den Sitz der Regierung sofort nach Weimar zu verlegen, und nur der Weigerung der Unabhängigen in der Regierung, diesen Streich mitzumachen, ist es zu verdanken, daß der Plan vereitelt wurde. Der damalige Vorgang erklärt sich ebenso wie die jetzige Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar aus dem Schwächegefühl der Regierung, die sehr gut weiß, daß die große Masse der Berliner Arbeiterschaft ihren kühnen Rücktritt fordert.

Unterstaatssekretär Braun gegen Streiks.

Unterstaatssekretär Braun verbreitet einen Bericht über die Verhandlungen der Lebensmittelkommission in Trier, in dem es unter anderem heißt: Die Mengen von Lebensmitteln, die für den Bedarf von 30 Millionen Dollar eingeführt werden können (nicht bei Amerika einzuweilen nicht zur Verfügung gestellt), sind bei den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr erheblich. Sie werden sich nach den von uns geltend gemachten Ansprüchen vielleicht auf 70 000 Tonnen Speiseöl, 60 000 Tonnen Weizen, dann gewisse Mengen von landwirtschaftlicher Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparaten belaufen und reichen deshalb zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise aus. Es würde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei gaben diese die Erklärung ab, daß die Welt vorläufig an Getreide und Getreide ausbleibend seien, um die ganze Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab. Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden. Aber dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Rohlen, Kaffee und Indurrierzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland beschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch engste Anstrengung und durch die Erzeugung von Gütern für die Ausfuhr selbst verdienen. Im Anschluß daran warnt der Staatssekretär vor Streiks und Arbeits einstellen. Die bürgerliche Presse spricht diese Warnung in allen Tonarten nach. Damit gibt sie zu, daß das Schicksal Deutschlands, das heißt

die Macht in den Händen der Arbeiterschaft liegt.

Die Koalitionsregierung.

Wie zu erwarten war, wenden sich sowohl der „Vortwärts“ wie die Organe der bürgerlichen Demokratie gegen unsere Forderung, eine sozialistische Regierung müsse die Geschäfte während der Tagung der Nationalversammlung fortführen. Daß der „V.“ seinen Lesern dabei erzählt, wir hätten das Verbleiben der Regierung Ebert-Scheidemann gefordert, sei nur nebenbei erwähnt als Kennzeichen der polemischen Methodik dieses Blattes. Ueber die Unmöglichkeit dieser Regierung noch ein Wort zu sagen, ist überflüssig. Natürlich beruft sich der „V.“, der das Kommen der Koalitionsregierung gar nicht mehr erwarten kann, ebenso wie das „Voll.“ und die „Post.“ auf angebliche Grundsätze der Demokratie. Wir haben schon betont, daß die Erledigung der Verfassung und der Steuergeetze von der Nationalversammlung in demokratischer Weise erfolgen soll. Dazu und nur dazu ist sie gewählt. Verlaßt sie ihre Arbeit, dann käme die Auflösung und Neuwahl in Frage. Zur Bildung einer Regierung gehört aber vor allem ihre Regierungsfähigkeit. Warum in diesem Stadium der Revolution eine solche Regierung nicht lebensfähig wäre, haben wir gestern ausgeführt. Wir haben dabei nicht gedroht, sondern auseinandergesetzt, welche Gefahren eine solche Regierung heraufbeschwören würde. Wenn zur Bildung einer Regierung in revolutionären Zeiten weiter nichts nötig wäre als eine simple Addition, dann wäre ja das Problem für „Vortwärts“-Redakteure ohne weiteres lösbar. So über werden sich die Arbeiter doch fragen müssen, ob sie der Preisgabe des Sozialismus durch die rechtssozialistischen Führer ruhig zusehen wollen.

Zur Polenfrage.

Die polnische Regierung gibt bekannt: Der Beschluß des Staatsministeriums vom 7. Februar 1888, nach welchem Personen, deren Muttersprache die polnische ist, grundsätzlich nicht als Beamte innerhalb der Provinzen Westpreußen und Posen sowie des Regierungsbezirks Oppeln angestellt oder in diese Landesstellen versetzt werden sollen, wird hierdurch aufgehoben.

Dom A. und S.-Kaf verhaftet.

Jena, 23. Januar. Der Vorsitzende des Jenaer Bürgerrates, Dr. Lohse, ist, wie die „L.“ weiß, auf Anordnung des dortigen A. und S.-Kafes verhaftet worden, weil er sich geweigert hatte, sich schriftlich bindigend zu erklären, die Anordnungen des A. und S.-Kafes nicht durchzuführen zu wollen. Die provisorische weimarer Regierung hat entschieden, daß Lohse dem ordentlichen Gericht übergeben wird. Die Schatzkammer bleibt bestehen.

Die Völkerverbundkommission.

Paris, 23. Januar. (Reuter.) Antich wird mitgeteilt, daß die Völkerverbundkommission beschlossen haben, eine aus zwei Vertretern — einem Zivilisten und einem Militär — bestehende Kommission nach den Pringeninseln in Dalmatien zu entsenden, um dort mit russischen Abgesandten zusammenzutreffen. Eine ähnliche Kommission wird nach Danzig gehen, um mit den Polen zu verhandeln. Am 25. Januar wird eine öffentliche Vollversammlung abgehalten werden, um über den Völkerverbund zu beraten. Lloyd George wird bei dieser Gelegenheit einen aus einigen wenigen kurzen Klauseln bestehenden Antrag über die allgemeinen Bedingungen einbringen. Daraus wird Wilson nach den Unterredungen mit Leon Borzgois, Lord Cecil und Smuts sprechen. Schließlich wird eine besondere Völkerverbundkommission darüber entscheiden, wie groß der von Deutschland angerichtete Schaden und wieviel Schadenersatz Deutschland zu bezahlen imstande ist, fernere in welcher Weise die Zahlungen geleistet werden sollen.

Die künftige Reichsverfassung.

Von Joseph Herzfeld.

Verfassungsfragen sind Machtfragen, hat uns Lassalle gelehrt. Die sozialdemokratische Regierung, die durch die proletarische Revolution zur Macht kam und die sozialistische Republik auszurichten verspricht, übertrug den Entwurf des Grundgesetzes dieser Republik, des Gesetzes, das für die Zukunft die Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit festlegen und das Ziel der Sozialisierung in seinen Grundlagen sichern sollte, einem bürgerlichen Demokraten, den sie zu diesem Zweck zum Staatssekretär des Innern machte. Seinen Entwurf billigte sie. Der allgemeine Teil desselben liegt jetzt vor. Um es gleich zu lesen. Wer es nicht möchte, daß in Deutschland eine proletarische Revolution stattgefunden und eine sozialistische Regierung am Ruder ist, aus dem Entwurf würde er es nicht erfahren. Von der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit und von Sozialismus ist in demselben mit keiner Silbe die Rede. Na selbst das Wort „Republik“ ist ängstlich vermieden, und die Bestimmung, daß die Staatsform die Republik sei, findet sich nirgendwo. Im übrigen ist er ein auf bürgerlich demokratischer Entwurf, wie ihn vielleicht die Männer des Nationalvereins zur Aufrichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in dem von ihnen erstrebten Großdeutschland erträumt hätten. Aber nicht sie mochten die Verfassung des Reichs, sondern Bismarck als Sieger in der Revolution von oben und als Diktator ohne demokratische Skrupel. Er verankerte in ihr seine eigene politische Macht und die der Hohenzollern, sowie die ihrer Sippe, des Junkertums, der Bürokratie und des Offizierkorps. Von Demokratie war in seiner Verfassung wenig die Rede. Als Diktator in parlamentarischen Formen schuf er mittels der eroberten politischen Macht in der deutschen Verfassung die festen und tiefen Fundamente der bürgerlichen Wirtschaftsordnung. Nun aber, etwa fünfzig Jahre später, nachdem die Arbeiterklasse die Hohenzollern beseitigt, die politische Macht des Junkertums, der Generalität und der Bürokratie gelehrt und die alte Reichsverfassung beseitigt, schickt sich die Bourgeoisie an, in der Verfassung der Republik ihre politische Macht, die sie den autoritären Mächten gegenüber nie hat erobern können, der siegreichen Arbeiterklasse gegenüber festzulegen und ihre Wirtschaftsordnung zu festigen und zu sichern. Und die Regierung Ebert-Scheidemann hat dazu Ja und Amen. Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur auf Wohl der Allgemeinheit auf gesetzlicher Basis vorgenommen werden. So verkündet der Entwurf (§ 26) in seinem Abschnitt über die Grundrechte des deutschen Volkes. Das ist die Magna Charta der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, wie sie in der Paulskirche in Frankfurt und später in der preussischen Verfassung nach der 48er-Revolution verkündet wurde. Nach der proletarischen Revolution von 1918 wird mit Zustimmung der sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann dieser Grundlag in einen Verfassungsentwurf aufgenommen, der die Magna Charta der sozialistischen Wirtschaftsordnung werden soll. Und mehr als das. Der Entwurf bestimmt in § 28 als Grundrecht und Verfassungsgrundlag, der, wie Verfassungsgrundsätze überhaupt, nach § 51 des Entwurfs nicht aufgehoben werden kann, solange auch nur ein Abgeordneter mehr als ein Drittel der Mitglieder der beiden Häuser des Reichstags dagegen stimmt — und in welcher absehbaren Zeit dürften die bürgerlichen Parteien nicht insgesamt 141 unter den 421 Mitgliedern des Volkshauses haben — das das kapitalistische Privateigentum an Grund und Boden, insbesondere an Grundbesitz erhalten wird, „in gesunder Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz“. „Mittel- und Kleinbesitz“, heißt es weiter, „sind durch Schutz gegen Ausfaltung und Verwucherung zu festigen.“ Das sind die Grundzüge der überlieferten bürgerlichen

lichen Agrarpolitik. Niemand kann die Verfassung der proletarischen Revolution sie decken. Mein klar und bestimmt sollte in ihrer Zeit, ausgesprochen werden, wie es das gesamte Programm ist, nur die Verwirklichung des sozialistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Kohle, Holz, Eisen, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in gesellschaftliche, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Fertigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen, aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Bervollkommnung werde."

Und weiter als erstes wirtschaftliches Grundrecht: die mineralischen Bodenschätze sind das Eigentum der Gesellschaft. Ihre Förderung und Verteilung wird für und durch die Gesellschaft unter maßgebender Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten betrieben.

Wenn selbst die Sozialisierungskommission die zum Teil aus bürgerlichen Sachverständigen besteht, eine entsprechende Verordnung von der Regierung fordert, so ist es allerdings keine lächerliche, wenn von den Vertretern des Sozialismus diese Bestimmung als Verfassungsgrundsatz gefordert wird.

Der Verfassungsentwurf erhält die bestehenden Gesehe und Behörden, in Zivil und Militär, die im bürgerlichen Staat dazu berufen sind, die bürgerliche Ordnung politisch und wirtschaftlich zu schützen und aufrecht zu erhalten.

Die Revolution hat proletarische Organe geschaffen, die dazu bestimmt sind, die proletarische, wirtschaftliche und politische Macht zu sichern und zu stärken die Arbeiter- und Soldatenräte. Insbesondere die Arbeiterräte sind das treibende Element bei der Sozialisierung der Großbetriebe und ihre Mitwirkung bei derselben ist unentbehrlich. Deshalb sind sie als Machorgan der Arbeiterklasse in der Verfassung anzuerkennen und aufzunehmen. Sie sind das verfassungsmäßige Gegengewicht gegen die zahlreichen Organe der bürgerlichen Ordnung.

Die Soldatenräte sind die revolutionäre Verfechtung der Niederrichtung des Militarismus. Die Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt der Revolution, die Verwandlung des Offizierskorps aus einem Machsinstrument des Militarismus in ein Organ der proletarischen Gewalt, deren Ausbildung der höchsten Kommandogewalt, alles Lebensfragen der sozialistischen Republik: sie können nur Wirklichkeit werden, wenn die Soldatenräte und ihre Organe auf proletarischer Grundlage aufgebaut und befestigt, von unten auf ihre Durchführung überwachen und steuern. Sie sind Schall und Rauch, wenn es jetzt nach der Verordnung des Komitees der Fall ist, ein Offizier des alten Systems die Kommandogewalt ausübt und dieselbe nach unten durch das Offizierskorps, unkontrolliert durch die Soldatenräte, durchführt.

Der Verfassungsentwurf der Regierung Ernst Scheidemann kennt weder Arbeiter noch Soldatenräte. Sie haben in demselben keine Stätte gefunden.

Aber für die Arbeiterklasse bleibt es, die eroberte Macht freiwillig dem Völkertum wieder auszuliefern, wenn sie auf die Arbeiter und Soldatenräte als Organe ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht verzichten wollte. Das darf immer geschehen.

Die Schulaufsicht.

Genosse Adolph Hoffmann schreibt uns:

Die Ungültigkeit des „Adolph Hoffmannschen“ Erlasses über die Abschaffung der geistlichen Erziehungsinstitution ist ein Meisterstück der mehrheitssozialistischen „Kabinetspolitik“, mit welcher Ministerpräsident Dietrich seinem, in selbst geschaffenen Schlingen fesselnden Antisozialen Gaenisch zu Hilfe kommt. Sollen sie eine so unglückliche Heuchelei von einer Regierungstelle getrieben wie in diesem Falle. Denn erstens handelt es sich nicht um einen „Adolph Hoffmannschen“ Erlass, sondern um einen Erlass, der von den Ministern Hoffmann, Gaenisch und ihren Be-

Auf dem Friedhof.

Von Scholem Nischem (Mabinowitsch).

„Sie fahren zum „Jahrmarkt“, wir kommen eben von dort. Wir hören uns schon angesehnt, Sie haben es noch vor... Man muß Ihnen also Platz machen. Können Sie näher und machen Sie es sich bequem.“

„Schon gut.“
So unterhielten sich im Kupper vor mit zwei Personen oder vielmehr redete der Eine, während der Andere von Zeit zu Zeit halbe Worte dogmatischbrummt. Wir wollten zu spielen, ich und meine Alte, die dort am Boden liegt. Die Herrliche hat sich die Augen ausgewaschen, jetzt ist sie eingeschlafen. Man mußte sie mit Gewalt vom heiligen Ort fortbringen, sie konnte sich nicht von Grabe trennen.“ „Gennug schon!“ jagte ich, „du weißt sie mit deinen Tränen nicht wieder lebendig machen. Aber sie blieb taub wie eine Wand. Kein Wunder auch, Solches Unglück! Die einzige Tochter, behält wie ein Augapfel, ein so gut geratenes Kind, ich bin wie Gold und so klug, hat das Realgymnasium beendet... Es hat zwei Jahre her, als sie starb. Weinen Sie etwa an Schwindel? Kein Gedanke! Sie war ein ferngeliebtes, kräftiges Mädchen... Sie hat sich das Leben genommen.“

„Wirklich?“
Jetzt wollte ich, von welchem „Jahrmarkt“ die Rede war. Ich erinnerte mich, daß wir den traurigen, aber lieben Monat hatten, in welchem man die Gräber seiner Angehörigen zu besuchen pflegt. Man tritt von Stadt zu Stadt, zu den längst verstorbenen Schwelgern und Bräuern, Kindern und Verwandten auf den Friedhof, Stromgebengte Mütter, verwaisene Töchter, kummervolle Schwelger und offener stauernde Frauen hängen sich auf die neuen Gräber, um sich anzusehen, dem bitteren Dessen Lust zu machen und die verschmachtende, häßliche Seele zu erleichtern. Wehrlos! Ich bin gottlos seit vielen Jahren Reisender, aber einen solchen Verkehr habe ich auf dem Friedhof schon lange nicht mehr gegeben, wie in diesem Jahr. Die Hauptstädter besetzt die Eisenbahn verbringt viel Zeit. Während mit häßlichen Gesichtern, Weiber mit geschwollenen Augen und roten, glänzenden Nasen reisten zum „Jahrmarkt“ oder kamen vom „Jahrmarkt“. Draußen duftete der Spätsommer und auch im Herzen der Menschen wohnte der Spätsommer. Diese Sehnsucht erfüllte sie... Unwillkürlich betrauerte ich den Gespiß des Alireisenden, die vor mir saßen

räten einstimmig beschlossen und bereits am 27. November 1918 an die Reichsregierung gelangen ist, ohne daß davon ein Wort in der Presse zu vernehmen ist. Nur einmal wurde erwähnt, daß, weil damit große Aufgaben verbunden seien, erst mit dem Finanzministerium hätte Rücksprache genommen werden müssen. Ich möchte, als ich mit einem der Herren Minister insamtlich, den ich darauf aufmerksam, daß die Aufhebung der geistlichen Erziehungsinstitution nicht Geldausgaben verurliche, sondern erspare und daß vor der Einführung vollständiger Kreislaufinspektion in den Schulen, in welchen sie noch vorhanden sind, selbstverständlich eine solche Vorlage noch erfolgter Verständigung mit dem Finanzministerium anzubereiten werden würde. Dabei beruhigte man sich, bis — die Herren Reichlichen, an der Spitze Herr Erbschall von Darmstadt — den Herren Gaenisch und Dietrich genügt einsehrt hatten. — Dann, nach anderthalb Monaten, kam Herr Dietrich die Erlaubung, daß der Erlass von „Adolph Hoffmann“, der dem er wußte, daß er Gesamtarbeit des Kulturministeriums ist, nicht zu Recht bestehe, da er nicht der preussischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war.“ Darauf habe ich zu erklären, daß weder ich noch Gaenisch während unserer gemeinsamen Tätigkeit einen unserer Erlasse oder eine unserer Verfügungen der Regierung zur „Genehmigung“ vorgelegt haben, da laut Bestimmungen im Kabinett dies nur von solchen Erlässen verlangt wurde, die in das Ressort eines anderen Ministers hinübergehen. Das Gegenteile trifft auf keinen unserer Erlasse zu. Im eigenen Ressort, so war im Kabinett beschlossen, ist jedes Ministerium selbständig. Die gesamte freie Lehrerschaft atmete auf, als der Erlass auf Antrag ihres Vertreters im Kultusministerium die geistliche Erziehungsinstitution aufhob. Jahrzehnte hatten sie unter diesem Joch gekämpft, ja, manchmal Namentliches erduldet. Ihre Vertreter leben in der fortwährenden Aufregung den ersten Schritt, der notwendig sei, um das Vertrauen der Lehrer für die neue Regierung zu gewinnen. Was sagen diese Lehrer nun zu dem mit so feindseliger Andeutung von Dietrich erfolgten Wiedereinführung der geistlichen Erziehungsinstitution? Können die Lehrer mit gutem Gewissen zur Wohl für die preussische Nationalversammlung, die jetzt nach Dietrich darüber entscheiden soll, für solche Beschlüsse stimmen?

H. K. M. g. durch Stimmzettel für die Liste der U. S. B. D.

Mehr Fleisch, weniger Kartoffeln!

Vom Reichsernährungsamt erhalten wir folgende Mitteilung:

Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamtes zur Erhaltung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Ration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt ab hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1 1/2 auf 1 Pfund zu erfolgen.

Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenration der Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern und mehr 250 Gramm in Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Säuer- und Säuerarbeitszulagen, abgesehen von den Zulagen für Bergarbeiter unter Tage, zu bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zuzehende Wochenration von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden.

Wenn bereits jetzt eine Kürzung der Kartoffelration angedacht wird, so zeigt das, wie knapp unsere Lebensmittelvorräte sind. Wir müssen aber gegen jede weitere Verkürzung der ohnedies sehr knappen Lebensmittelrationen die ersten Bedenken erheben. Schon jetzt sind die Gesundheitsverhältnisse, besonders der Arbeiterklasse, überaus schlecht. Jede weitere Herabsetzung der Rationen bedeutet die Vermehrung der gesundheitlichen Schäden und die dringende Gefahr von Hungernöten und Seuchen. Aufreichende Ernährung der Bevölkerung, insbesondere der

Arbeiterklasse, ist aber besonders um deswillen nötig, weil sie die Voraussetzung ist für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, die inländischen Vorräte durch ausreichende Zufuhren von Lebensmitteln aus dem Ausland zu ergänzen. Wir müssen mit allem Nachdruck fordern, daß diese Aufgabe ohne tragwürdige Bedenken, insbesondere solche finanzieller Art, gefördert wird. Die Notlage der Arbeiterklasse ist groß und die Steigerung der industriellen Erzeugung nicht nur abhängig von dem guten Willen der Arbeiter, sondern auch von ihrer ausreichenden Ernährung.

Eine Erklärung Ledebours.

Im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag, den 10. Januar, also dem Wahltage, veröffentlicht Herr Bernhard Ledebour, der ehemalige imperialistische Staatssekretär und jetzige demokratische Nationalparlamentarier, einen Artikel „Um was es geht“. Er sucht darin nachzuweisen, daß nur eine bürgerliche, aber mindestens halbbürgerliche, halbsozialdemokratische Regierung in Deutschland eine Ordnung schaffen könne, die es den Ententeländern ermögliche, mit uns einen Danerfrieden zu schließen. In Verfolg dieses Gedankenganges wirft er den Unabhängigen Sozialdemokraten vor, daß sie

„Absichtlich unter sich Leute wie Ledebour finden, der im Bunde mit Liebknecht und den russischen Bolschewisten den Krieg am Rhein wieder aufnehmen wollte“.

Diese Behauptung des Herrn Ledebour, ich hätte die Absicht, im Bunde mit den russischen Bolschewisten den Krieg am Rhein wieder aufzunehmen, ist völlig un wahr. Als durch die Revolution die Macht übertrug wurde, von Seiten einiger Bolschewisten sei ein solcher Gedanke vorgebracht worden, habe ich den Plan sofort auf das entschiedenste zurückgewiesen, schon um deswillen, da auch nicht die entfernteste Möglichkeit für seine Durchführbarkeit gegeben ist. Aber abgesehen davon: ich bewerte ihn auch grundsätzlich. Wir brauchen vor allem jetzt den Frieden. Ich selbst habe während der letzten Jahre im Hinblick auf die schließliche Beendigung des Krieges, im Gegensatz zu den sämtlichen bürgerlichen Parteien, so oft mich eingelassen, daß es möglich von einem ungenügend hohen Maß von Unversöhnlichkeit zeugt, wenn einer der neugeborenen Novemberdemokraten den Versuch macht, mich als Kriegsbeförderer zu verächtigen. Ganz besonders widerwärtig berührt aber diese Anspaltung des ehemaligen Nationalimperialisten, weil sie eingerechnet ist von dem schändlichen Bemühen, sich bei der Entente liebkind zu machen durch Aufschwärzung der sozialistischen Revolutionäre.

Mein schändlich ermordeter Freund Liebknecht ist nicht mehr in der Lage, Herrn Ledebours Anspaltung zurückzuweisen zu können. Ich kann nur erklären: mir ist nichts davon bekannt, daß Liebknecht selbst oder seine Partei seinen feigen Plänen ihre Zustimmung gegeben hätten. Doch werden Vertreter der kommunistischen Partei wohl noch selbst dazu das Wort nehmen.

Berlin, den 10. Januar 1919.

Georg Ledebour.

Französische Reaktion im besetzten Gebiet.

Die Kapitalisten aller Länder fürchten, daß die Einführung des Achtstundentages in Deutschland die Nachahmung dieser Maßnahme in allen Ländern zur Folge haben werde. Aus diesem Vorwurde aus kann es erklärt werden, daß das französische Oberkommando im Betrieb der Eisenbahn des besetzten deutschen Gebietes wiederum die geistliche Arbeitseinstellung eingeführt hat.

Gegen diese, dem Waffenstillstand zumiderlaufende Maßregel hat die Deutsche Regierung eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitseinstellung eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hieron die bedenklichsten Auswirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterklasse sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Forderungen der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Besetzung des Achtstundentages nachdrücklich Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahmen ersucht werden.

„Meinen Sie, ein Unglück sei mit ihr passiert, wie es die heutige Revolutionäre mit sich bringt? Schwarze Klauen, rote Färbung, Götter? Gott bewahre! Vorher hat mich Gott behütet oder vielmehr ich selbst! Wie einen Augenblick habe ich sie behütet! Was war das für ein Mädchen! So gut geraten! Schön wie Gold, hat das Realgymnasium beendet... Ich habe getan, was ich konnte, habe beobachtet, wohin sie ging, mit wem sie sprach, was sie sprach, welche Bücher sie las... „Töchterlein“, sagte ich, „du wirst wieder leben! Meinemwegen, aber ich muß wissen, was du liest.“ sagte ich, „Ich bin zwar mit diesen Sachen nicht vertraut, aber ich habe dich bei Tant Ina! Ich brauche nur in ein Buch hineinzublicken, es kann sogar ein französisches sein... und ich weiß sofort, wonach es riecht.“

„Ja, wollte nicht, daß mein Kind mit Feuer spielt, aber was hat es mir genützt? Blau ist ihr, ich bin ihr noch entgegengekommen? Nein, im Gegenteil, ich sprach in Güte zu ihr. „Töchterlein“, zitierte ich, „ich hab das Rad laufen, wie es läuft, weder ich noch du werden es zum Stichen bringen...“ Aber was meinen Sie, erwiderte sie mir darauf? Sie schwieg. Eine hübsche Taube, ein goldenes Kind... Schließlich gingen die schweren Tritte vorüber. Alle Widrigkeiten der Revolution und Konstitution waren gottlos übermannt und man konnte daran denken, das Mädchen zu verheiraten. Mitgift? ... Was Gott nur erst einen Anderwählten schickte! Es ging also los mit Privatangeboten, Privatvermittlern, Privatlandboten, aber ich sah es meiner Tochter an, es war nicht der Richtige. Doch es war noch etwas anderes dahinter. Sie sollen es gleich erfahren... Ich hing an, sie zu beobachten, nachzuspionieren und erfuhr folgendes: Sie lasen zu Dritt heimlich Bücher, meine Tochter, ihre Freundin, die Tochter meines Anwarts, ebenfalls ein wohlgeratenes Mädchen, das die Realschule beendet hatte, und als Dritter ein junger Mann aus Kavarobel. Sie müßten wissen, wer dieser junge Mann aus Kavarobel war? Nichts anderes, ein unbedeutender Jüngling mit einem, mit Bildern bedecktem Gesicht, schwarzen Augen ohne Augenbrauen, aber mit einer goldenen Brille, — ein hübscher, unappetitlicher Burke, in dessen Gegenwart man nicht gern einen Wispel Brot verzehrte. Obendrein ein jüdischlicher Mensch, der sich überall einschlich, wie ein Murm. Verfluchen Sie!“

„Um...“
„Also dem dieser Buch in mein Haus! ... Durch die Apolotheater, deren Besitzer er war... Er wollte Apotheker werden

den aber Jurist, oder Dentist, weiß der Teufel, was er im Sinne hatte. Ich weiß nur, daß er mir den Tod ins Haus brachte. Mir gefiel der junge Mann mit der Brille von Anfang an nicht. Ich sagte es auch meiner Frau. „Was du dir alles einbildest“, meinte sie, „Aber ich hielt Augen und Ohren auf. Das Lesen und Neben mit erhöhten Gesichtern und flammenden Augen wollte mir nicht gefallen. „Töchterlein“, sagte ich eines Tages zu meiner Tochter, „was liest du denn mit solchem Eifer zu Drien?“ — „Ein Buch“, erwiderte sie. „Was für ein Buch?“, fragte ich. „Wenn ich es dir nenne, wirst du es auch nicht wissen“, sagte sie. „Es ist Sonin, ein Roman von Arge-Bojadow“, sagte sie lachend hinzu. „Arge-Bojadow“ hieß einmal ein blinder Leber, der schon lange tot ist“, sagte ich. Sie lachte wieder. „Oh, mein Töchterlein“, dachte ich mir, du lästst und dem Vater gerinnst das Blut... Vielleicht mag die alte Sade wieder los... Sie können sich vorstellen, ich war schlau genug, das Buch durchzulesen.“

„Ein Wunder!“
„Ich selbst habe es nicht gelesen, aber ein Angestellter von mir, ein zuverlässiger junger Mann, der liehnd russisch las. Einmal bei Nacht, gelang es mir, das Buch aus dem Zimmer meiner Tochter zu entwenden. Ich gab es dem jungen Mann und sagte ihm: „Ja, Terel, lies das Buch, morgen wirst du mir erzählen, wovon es handelt...“ Am nächsten Morgen, sobald ich Terel sah, fragte ich ihn: „Nun, Terel, was ist mit dem Buch?“ — „Ich, ist das ein Buch?“ erwiderte er unschuldig mit den Händen. „Ich habe die ganze Nacht nicht geschlafen, ich konnte das Buch nicht aus der Hand legen.“ „So? Also erzähle! Wir müßten auch etwas wissen.“ Terel erzählte, aber es erob sich ein Audeuvelch ohne Zusammenhang... „Da war ein Moskowitzer, erzählte er, Namens Sonin, der gern trank und harte Gurle dazu ab... Er hatte eine Schwelger, Yvonne, die heimlich einen Doktor liebte und von einem Offizier schwanger wurde. Kann gab es einen Studenten, Nuri, der ein junges Mädchen, eine Lehrerin, leidenschaftlich liebte. Eines Abends machte sie eine Bootfahrt, aber nicht mit ihrem Verlobten, sondern mit jenem Trunkenbold Sonin... „Das ist all“? fragte ich. „Terel, ein schwarzer Mann war auch dabei“, erwiderte Terel. „Er hatte sich dem Trunkenbold angegeschlossen, um nachts junge Mädchen beim Baden zu beobachten.“ „Was war das Ende?“ fragte ich. „Das Ende war, daß der Trunkenbold Sonin wie ein Pferd zu mißhandeln begann, sogar seine Schwelger Yvonne mißhandelte er an, bis er nach Hause kam, wollte er...“ „Was?“ unterbrach ich Terel. „Er auf von diesem Trunkenbold, erzählte lieber, was die

Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Sonnabend abend
5 Uhr von den
bekanntesten Stellen aus

Genossinnen und Genossen! Leistet wirksame Wahlhilfe!

Groß-Berlin.

Die Muder rühren sich.

Untenstehender Fragebogen wird an die Eltern höherer Schüler verteilt und muß unterschrieben und ausgefüllt den Klassenlehrern wieder zurückgebracht werden:

1. Soll der Religionsunterricht verbindliches Unterrichtsfach bleiben und dadurch der christliche Charakter unserer höheren Schule gewahrt werden?
2. Wollen Sie Ihren Sohn (Tochter), falls der Religionsunterricht künftig wahlfrei werden sollte, weiterhin daran teilnehmen lassen?
3. Stimmen Sie den Wünschen der gegenwärtigen Regierung zu, die darauf hinausgehen, daß
 - a) das Schulgebet abgeschafft wird,
 - b) keine Schulfeier mehr religiösen Charakter tragen darf,
 - c) kein Bibelstudium, kein Gesangbuchlesen, kein religiöses Lied, kein Gebet mehr gelesen werden darf,
 - d) an Stelle des Religionsunterrichts ein allgemeiner Moralunterricht tritt, wie ihn auch Mohammedaner, Buddhisten, Geiden und östliche Religionslose haben können?

Vorstand des Religionslehrerverbandes.
Sie sind an der Arbeit, unsere Muder. Sie wollen unter allen Umständen die Religion dem Volke erhalten und zwar in der Schule als erstes Frühlings. Wir stehen auf dem Boden der freien Religionsausübung, aber die Schule ist nicht der Ort, die Kinder mit Bibelversen zu traktieren. Ein Moralunterricht wird mehr erreichen als der Religionsunterricht. Wer das für nötig hält, kann auf seine Kosten seine Kinder zu einem Religionslehrer senden. Aus der Schule muß der heutige Religionsunterricht heraus.

Er kann es nicht fassen.

Einer von den vielen, die es immer noch nicht fassen können, daß die Frau politisch dem Manne gleichgestellt sein soll, demonstrierte gegen das Frauenwahlrecht im 148. Stimmbezirk (4. Kreis), durch folgenden Stimmgettel:

Ich übe Wahlenthaltung. Warum?

Weil das Weib über das Geschick Deutscher Männer auf dem Schlachtfeld nicht mitentscheiden darf. Das ist nach göttlichem und menschlichem Recht unbillig. 1. Tim. 2. 12.

Ich möchte hierbei die Frage aufwerfen, ob der betreffende Wähler es schon vergessen hat, was die Frau in den 4 1/2 Jahren Krieg geleistet hat. Die Rettungen, aus welchen dieser Wähler eine geistige Nahrung schöpft, kann doch nicht genug des Lobes voll sein über die Leistungen der Frau während des Krieges. Wäre die Frau nicht gewesen, so wäre es der demagogischen Regierung nicht möglich gewesen, ihr Schandwerk so lange fortzuführen.

Regierungstruppen in Hermsdorf.

Uns wird aus Hermsdorf geschrieben: Auf Veranlassung des hiesigen Amtsvorstehers Theemu und nach längerer Beratung mit seinen bürgerlichen Freunden kamen am Sonnabend vormittags zwei Autos mit Reichswehrmännern und etwa 60 Soldaten unter Führung von 8 Offizieren, kriegsmäßig ausgerüstet, nach dem Gemeindefaß. Um zuerst im Zimmer des Arbeiterrats nach Waffen zu suchen. Gefunden wurde selbstverständlich nichts, da sämtliche Waffen schon Wochen vorher an das zuständige Kommando abgeliefert worden waren. Die noch nicht abgelieferten Waffen befanden sich, wie mit dem Amtsvorsteher vereinbart, in der Turnhalle. Doch damit nicht genug, der Amtsvorsteher hatte mit seinen deutschnationalen Freunden den Soldaten das Wohnungsergebnis fast sämtlicher Mitglieder des Arbeiterrats, die der U. S. P. angehören, gegeben und unter Führung dieser Leute fanden nun überall Hausdurchsuchungen statt. Gefunden wurde nirgends etwas, als einige alte Munition aus vergangenen Zeiten, die zu allem möglichsten, aber nicht zum Schießen zu gebrauchen sind.

Wie leicht ist es doch unter Ober-Scheidemann einem extremkonfessionellen Amtsvorsteher möglich, Regierungstruppen zu requirieren, um bei der verhassten U. S. P. zu hausuchen.

Deffentliche Warnung.

Am 16. Januar 1919 wurde mir in der Reichsgerichts, in der ich Arrestant war, durch den angeklagten Kriminalkommissar Kaiser mein Mitgliedsbuch der U. S. P. Nr. 3545 mit anderen Karten, Adressen, Dokumenten abgenommen. Sämtliche Sachen sind verstreut.

Da Mitgliedsbuch mit dem Mitgliedsbuch Nr. 3545 befristet wird, wird gebeten, darauf zu achten und es anzuhalten. Günstige Anhaltspunkte zur Ermittlung des Buches nimmt das Parteibureau, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen, sowie der Unterzeichnete gern entgegen. Belohnung wird zugesichert.

128 Millionen Mark Kriegslasten in Neutölln.

Die Gesamtausgaben für Kriegsausgaben haben in Neutölln nunmehr die Höhe von 128 585 811 Mark erreicht. Nicht mitgerechnet sind die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung, die in Neutölln bis 31. Dezember, also in den ersten vier Wochen, 800 000 Mark betragen.

Pflicht der Frauen

Ist es, gleich den Männern am Sonntag, den 26. Januar,

zur preussischen Nationalversammlung

Ihre Stimme abzugeben für die

Liste der U. S. P. D.

Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt ein in allen Fragen der Schule, der Erziehung, des Gesundheitswesens, des Familienlebens, der Entlohnung und Ernährung, den Beziehungen von Menschen und Völkern untereinander

für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale.

Zur Einstellung des Stadtbahnbetriebes. Ueber die Gründe der Einstellung des Betriebes auf der Stadtbahn schreibt die Eisenbahndirektion Berlin folgendes: Die Eisenbahndirektion Berlin hat sich zu ihrem schmerzlichen Bedauern genötigt gesehen, den Stadtbahnbetrieb zwischen dem Schlesischen Bahnhof und dem Bahnhof Charlottenburg einzustellen. Die Veranlassung hierzu ist in dem Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven im Bezirk Berlin zu suchen, der auch bei sämtlichen anderen preussischen Eisenbahnbetriebsstellen eingetreten ist, so daß auf eine Anzahl von dieser Seite nicht gerichtet werden kann. Der Lokomotivmangel ist einmal darauf zurückzuführen, daß — wie allgemein bekannt — nach den Woffenbühnenbedingungen 6000 Lokomotiven an unsere Grenze abgegeben werden müssen, dann, aber auch auf die geringere und noch stetig weiter sinkende Leistungsfähigkeit der hiesigen Reparaturwerkstätten.

Das erstellte Auto. Dem Feinerebender H. A. gelang es, einen Autodiebstahl aufzuheben. Am Sonnabend abend wurde in Feinerebender ein nagelneues Automobil (wessen Vermögensmangel hatten. Dem H. A. fiel es auf, daß das Auto ohne Nummer war. Da noch andere Verdachtsmomente vorlagen, wurde die Festnahme des Führers beantragt. Er spielte den Enttäuschten, für den ein H. A. gar nicht existiere, da er Jüngling sei und ein echter Bürgerlicher sei. Die Nachforschungen ergaben, daß das Auto in Dahlem von der Reichsbahnbehörde gestohlen war, um weiterverkauft zu werden. Man ersieht daraus, daß Diebstahl und Fährnisse, die jetzt fast ausschließlich Sozialisten zur Last gelegt werden, von ganz anderen Renten herühren.

Die Rechtsprechung des Berliner Gewerbegerichts. Klagen auf Zahlung von Lohn für die Revolutionstage abzuweisen, hat in weiten Kreisen Bestehen herbeigeführt. Die Begründung, es handele sich um bereits rechtsgültige Befristung, ist total falsch. Tatsächlich handelt es sich um eine Verordnung des Demobilisationsamts, die feinerzeit durch Anschlag an den Tafelstücken Groß-Berlins rechtsgültig verfallen worden ist. Daß diese Art der Verfallung für die Rechtmäßigkeit ausreicht, ist in der Rechtsprechung anerkannt. Auch das Reichsarbeitsamt hat inzwischen dem Gewerbegericht mitgeteilt, daß ihm ferngelegene habe, mit der Bemerkung über die Nichtveröffentlichung im Reichsarbeitsblatt eine Schlussfolgerung auf die Frage der Rechtmäßigkeit zu ziehen. Die Rechtmäßigkeit der Verordnung habe zweifellos sei. Wir erleben in letzter Zeit sonderbare Urteile des Gewerbegerichts. Das ist Willkür, aber kein Recht.

Zur Wohnungsnot. Die durch Polizeiverordnung vom 16. Dezember 1918 vorgeschriebene An- und Abmeldung möblierter und unmöblierter Wohnungen zwecks Vermietung wird von der Depu-

lation für Wohnungswesen erneut in Erinnerung gebracht. Noch immer werden die Wohnungen in der Umgebung von Nowawes derartig der Wald verweht, daß die Gefahr besteht, daß derselbe in kürzester Zeit vollständig verschwunden ist. Was das für unsern Ort bedeutet, wird sich jeder klar machen können, der sein kluges Denken bewahrt hat. Wir richten daher an alle Einwohner die dringende Bitte, daß Fällen von Wäldern auf jeden Fall zu unterlassen. Sollten sich trotzdem derartige Fälle wiederholen, würden wir uns zu unserm Bedauern gezwungen sehen, mit Bewandlungsgeld gegen den Waldverweht vorzugehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die sozialistische Studentenschaft hielt am Mittwoch, den 22. 1. bei Casimir, Viktorstr. 25, eine Mitgliederversammlung ab, in der das Andenken Liebknecht und Rosa Luxemburgs dadurch geehrt wurde, daß die Versammelten sich von den Sighn erhoben. Das Referat hatte an Stelle von Herrn Dr. Gaboritski, der zu einem Sozialistenkongress in die Schweiz abgereist ist, Herr Dr. Reichsbach übernommen über das Thema: Demokratie oder Diktatur. In der anschließenden Diskussion wurde u. a. dazu aufgefordert, sich zahlreich an der Verdringung Liebknechts am Sonnabend, dem 25. 1., zu beteiligen. Treffpunkt unter dem Plakat der sozialistischen Studentenschaft.

In der Universitäts-Ohrrenklinik in der Charité beginnen Erhebungen im Abscheu des Gehörorganes und zur Erhaltung der Stimme- und Sprachfunktion für Erstarbte, Erlaubende und stark Schwerhörige unter fachärztlicher Leitung. Messungen auch von Kriegsteilnehmern Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10-11 Uhr bei Prof. Masau in der Charité-Ohrrenklinik, Luisenstraße 12.

Der Schloffer Otto Hallin, geboren am 9. 9. 90 zu Rathenow a. S., wird gebeten, seine Adresse zwecks Zusendung seines Mitgliedsbuches an Unterzeichneten zu senden. Auch werden die Genossen aufgefordert, Coingen von dieser Aufforderung in Kenntnis zu setzen. Emil Elm, Kreisstadtkorrespondent der U. S. P. D., Potsdam, Ophelienwall, Seiten 1. Markt, Friedrichstr. 7.

Turnverein "Hörig". Die 18. Männer- und Lehrlingsabteilung hält ihre Turnstunden jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr abends in der Sporthalle, Köpferer Ufer ab. Anmeldungen zur Mitgliedsaufnahme vorlieblich oder im Vereinslokale von Josef Durthardt, Köpferer Str. 52.

Die 16. Männerabteilung und 15. Lehrlingsabteilung des Turnvereins "Hörig" haben ihren Turnbetrieb in der Turnhalle Seneffelder Str. 67 wieder aufgenommen. Turnen: Dienstags und Freitags von 8-10 Uhr. Mitglieder und Gäste jederzeit willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 26. Januar, vormittags 11 Uhr, in der Reformierten Kirche, Köpferer Str. 73a, Vortrag des Herrn Dr. Germ. Hoff: „Jenseits von Kritik und Saum“. — Gäste willkommen.

Lebensmittellisten.

Nowawes. Die Kartenabschnitte 80 und 81 sind zwecks Anmeldung zum Bezug von Rührsuppenwürfel und Starmerlaube am 27. und 28. Januar bei dem Kleinhandler, wo man die Ware beziehen will, abzugeben. — Ferner ist bei den hiesigen Kaufleuten Sauerbrunnen und Lederverwerk in Dosen gegen Vorlegung des weißen Haushaltsausweises zu haben.

Aus den Organisationen.

Köpen-Neuendorf! Sonnabend, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Klaus am Bahnhof Hohen-Neuendorf eine öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Sozialismus und Kommunismus in Vergangenheit und Zukunft. Ref.: Schriftsteller Peter Roslowki. Die Wahlberechtigung zur Wahl am Sonntag bleibt wie am 19. Der Gruppenführer.

Freie Jugend Webling. In der Vertagung unserer Genossen Tisch Krause, am Sonnabend, den 25. 1. 19, treffen sich alle Mitglieder morgen 10 Uhr Müller, Ecke Seefische.

Verantwortlich für die Redaktion: Killy B. Dielepp, Neutölln. — Druck der Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundheit
Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen
(scharf u. schmerzlos)

SANABO

DRPN 289184

Harnleiden
aller Art.

In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch.
Empfohlen von ersten Autoritäten.

Erhältlich für Aerzte oder auf ärztliche Verordnung:
„Sanabo“ Berlin W., Bölowstr. 12, part.
Fernspr.: Nollend. 668.
Arztliche Sprechstunden 12-2, 4-8, Sonntags 11-1.
Prospekte

Möbel-Gross

Im Ostend: Gr. Frankfurter Strasse 141
Im Norden: Invalidenstrasse 5

500 Mk. Anzahlung

genügen zum Kauf einer
kompl. Wohnungseinrichtung.

Bei Barzahlung Preisermäßigung.
Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen,
Kriegsverletzte erhalten besonders
günstige Bedingungen und
Preisermäßigung.

Einzel-Möbel, bunte Küchen
Lieferung auch nach auswärts. Krefgsanleihe
und Sparanlagen nehme in Zahlung.

KURT WOLFF VERLAG
LEIPZIG

Nach Aufhebung der Zensur
ist jetzt wieder überall erhältlich:

Heinrich Mann Der Untertan

Gebunden M. 7.50 / Auflage 80000
Das Deutschland Wilhelms II.

Ein politischer Roman von unerhörter Aktualität,
obwohl er schon vor fünf Jahren entstand.
Ändere Caliren sind in Deutschland selten ge-
schrieben worden. — Durch Heinrich Manns
Cetire wirkt dennoch eine große erhellende
Kraft.

Cam' Hoffmann
In den Dresdener Neuesten Nachrichten

Sowohl verkaufter Wahlzettel
L. d. Berliner Reichstags-
wahlkreis (U. S. P. D.)
No. 41, Bez. 794.
Als Opiet der Soldatenka
wurde unsere Genossin
Martha Jahnko
Schererstr. 4
L. d. Siegen-Allee erschossen.
Ehre ihrem Andenken.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 25. 1. M. nach-
mittags 1 Uhr vom Fried-
hof aus statt.
Um rege Beteiligung er-
sucht.
Der Vorstand.

Botenfrauen

für die Freiheit, sofort ein-
gestellt. Marie Döring, Berlin W. 3
Stielmeis-Strasse 23.

inserate

für den darauffolgenden Tag
müssen spätestens bis 5 Uhr
Sonntags bis 2 Uhr
nachm. bei der Expedition
Schiffbauerdamm 19 aus-
gegeben sein.

GROSSE AUSWAHL
BILLIGE PREISE.
Auf Wunsch
BEQUEME
ZAHLWEISE

Sprech-Apparate und Platten

BIAL & FREUND
ALEXANDRIENSTR. 97
BERLIN S. 42

Verlangen Sie unsere Preisliste

+ Spezial-Behandlung + von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art

Bainleiden, Flechten (Lupul, Blasen-, Nieren-, Frauen-
leiden (Unterleiden), syph. Schwäche usw. nach
Primararzt Dr. Hermanns erfolgreichem, gütigen, Heilverfahren
möglichst schmerzlos, ohne Operation u. Strahlentherapie. Auch Aus-
scheidung wissenschaftl. anerkannt, u. 2127, bewährt, kl. Hohenstr.
Dir. Hermanns, Elsassstr. 42, I (4. Mi. v. Stett. Bahnh.)
Sprechst. 10-12 u. 3-7 Uhr,
Ecke Friedrichstraße, Sonn. v. 10-11 Uhr vorm.

Botenfrauen
sucht Expedition Engel, Berlin-
Lichtenberg, Neue Bahnhöfstr. 30.
Botenfrauen
sucht Expedition Engel, Berlin-
Lichtenberg, Neue Bahnhöfstr. 30.

Botenfrauen

sucht Expedition Engel, Berlin-
Lichtenberg, Neue Bahnhöfstr. 30.
Botenfrauen
sucht Expedition Engel, Berlin-
Lichtenberg, Neue Bahnhöfstr. 30.

Botenfrauen

zum Austragen der „Freiheit“
werden verlangt.
Frau Marie Döring, Stielmeis-
straße 23.

werden eingestellt in der
Expedition der „Freiheit“.
Berlin NW 6, Schiffbauerd-
damm 19, 4 Treppen.